

**Projektland:
Südafrika****Quartal: Juli-
September 10**

- Schlagzeilen:**
- Die politischen Implikationen des Streiks im öffentlichen Dienst**
 - Gesetzesentwurf zur Medienpolitik stößt auf Widerstand**
 - Neue Allianz im Westkap**
 - ANC National General Council (NGC) in Durban**
 - Wirtschaftsdaten**

Die politischen Implikationen des Streiks im öffentlichen Dienst

Die Streikaktionen des öffentlichen Dienstes begannen am 10. August als Arbeitskampf um Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen. Anders als in den vergangenen Jahren nahmen weit mehr Einzelgewerkschaften am Arbeitskampf teil: Neben dem Dachverband Cosatu (Congress of South African Trade Unions) beteiligten sich diesmal auch konservative (zum Teil „weiße“) Gewerkschaften unter dem Independent Labour Caucus (ILC).

Lehrer, Krankenhauspersonal, Polizei und Verwaltungsangestellte forderten 8,6% mehr Gehalt und ein Wohngeld in Höhe von monatlich R 1.000; das ursprüngliche Angebot der Regierung lag bei 6,5%. Die offizielle Inflationsrate sank seit Januar 2010 stetig von 6,2 auf 4,2%. Die Gewerkschaften verwiesen auf Gehaltssteigerungen von 9% bei Eskom (Stromversorger), 10-13% für die South African Local Government Association und 11% für Transnet-Mitarbeiter (Transport). Der Minister für den öffentlichen Dienst Richard Baloyi erklärte die Forderungen für unbezahlbar: für das laufende Haushaltsjahr seien R 23,5 Mrd. eingeplant, die Forderungen der Gewerkschaft würden weitere R 3,7 Mrd. erfordern.

Neben den „üblichen“ Ausschreitungen bei Streikaktionen wie Sachbeschädigung und Verwüstungen der Innenstädte durch Müll, wurden diesmal massive Bedrohungen und Körperverletzung gegen Personal, das zu Notdienst angetreten war, bekannt. In Krankenhäusern kam es nicht nur zu Vernachlässigung von Patienten (keine Reinigung, kein Essen, keine Medikation), es soll in Geburtsabteilungen und Intensivstationen Todesfälle auf

Grund des Streiks gegeben haben. Vor einigen Krankenhäusern musste die Polizei mit Gummigeschossen gegen gewalttätige Demonstranten vorgehen. Am 19. August wurde medizinisches Personal der Armee unter Schutz von Soldaten an mehrere staatliche Krankenhäuser in fast allen Provinzen abgeordnet. Damit konnte zumindest eine Notversorgung sichergestellt werden.

Während die Schulen in den Townships gleich zu Beginn des Streiks verlassen wurden, versuchten vormalige Model C-Schulen (vormals integrierte aber vorwiegend weiße Schulen) in den besseren Wohngebieten der Großstädte den Unterricht aufrecht zu erhalten. Wegen massiver Einschüchterung und Bombendrohungen durch Streikende mussten viele Schulen in den wohlhabenderen Vorstädten evakuiert und letztlich auch tagelang geschlossen werden.

Ermahnungen gegen Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft der Streikenden seitens der Gewerkschaftsführer verhallten weitgehend ungehört.

Erst nach drei Wochen wurde der Streik von den Gewerkschaften ausgesetzt. Das letzte Angebot der Regierung von 7,5% und R 800.- Wohngeld müsse mit den Mitgliedern abgesprochen werden.

Die Kosten des Ausstandes sollen sich auf zwischen R 300 und 350 Mio. pro Tag belaufen. Die Streikenden könnten wegen der „no work – no pay“ Politik die Verbesserungen praktisch völlig aufs Spiel gesetzt haben.

Die Dreier-Allianz aus African National Congress (ANC), dem Gewerkschaftsdachverband Cosatu und der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) hat erneut schwere Brüche erlitten. Nicht nur, dass Gewerkschaftsführer die Regierung massiv unter Druck setzten, sie drohten auch damit, in den im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahlen nicht fraglos die Kandidaten der Regierungspartei ANC zu unterstützen. Bislang traten alle Kandidaten, auch die aus Gewerkschaften und SACP unter dem Banner des ANC an. Seit Wochen beklagen Gewerkschaftsführer Korruption und Vetternwirtschaft in allen politischen Rängen. Der angestrebte politische Richtungswechsel, der beim ANC-Kongress in Polokwane im Dezember 2007 letztlich zum Rücktritt Thabo Mbekis geführt hatte, und die politische Linke auf eine sozialere Wirtschaftspolitik hatte hoffen lassen, wird erneut heraufbeschworen.

Auch Prof. Adam Habib von der University of Johannesburg kommentierte den Streik. Die Forderungen seien zunächst legitim, da der öffentliche Dienst jahrelang Gehaltsanhebungen unterhalb der Inflationsrate erhalten hätten. Allerdings sei die Frage, ob der Staat die Zahlungen leisten könne, ebenfalls legitim, da die Mehrkosten zu Lasten der ohnehin mangelhaften Serviceleistungen gingen und bereits angekündigt wurde, dass nicht besetzte Stellen im öffentlichen Dienst ganz gestrichen werden könnten. Heftig kritisierte Habib die Forderungen seitens der Regierung, man sei zu Sparmassnahmen gezwungen, während sich die politischen Eliten aus den Steuertöpfen bedienten. Sowohl die Aggressivität als auch die Dauer des Streiks zeigten den wachsenden Zorn der Bürger über die Maßlosigkeit der Bereicherung der führenden Klasse, insbesondere der Politiker.

Bei der im März 2010 von der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) organisierten Anti-Korruptionskonferenz wurde die Zunahme von krassen Fällen von Korruption,

besonders bei der Vergabe von Staatsaufträgen, thematisiert. (Vgl. auch 1. Quartalsbericht 2010) Außer der Einsetzung verschiedener Untersuchungskommissionen sind bislang keinerlei greifbare Konsequenzen erkennbar. Auch der sog. ‚life-style audit‘ (Untersuchung des Lebensstils), den SACP und Cosatu angeregt hatten, wurde unter dem Vorwurf des Rassismus nicht weiter verfolgt.

Gesetzesentwurf zur Medienpolitik stößt auf Widerstand

Ein großer Teil der Fälle von Korruption und Misswirtschaft in politischen Rängen wird von den Medien unter Mithilfe sog. informierter Quellen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Zwei neue Gesetzesvorlagen stießen bei in- und ausländischen Medienvertretern, der Opposition und Organisationen der Zivilgesellschaft auf scharfe Kritik.

Das Gesetz zum Schutz von „geheimen“ Informationen, die „Protection of Information Bill“, ist in seiner jetzigen Form so weit gefasst, dass praktisch jedes staatliche Organ die Möglichkeit hat, ein Dokument im „nationalen Interesse“ oder der „Sicherheit des Staates“ zur vertraulichen Verschlussache zu erklären. Damit wäre eine freie Berichterstattung in der Art des investigativen Journalismus stark beeinträchtigt. Zuwiderhandlungen könnten mit bis zu 25 Jahren Haft geahndet werden.

Das zweite Gesetzesvorhaben ist die Einsetzung eines Medientribunals (media tribunal), das direkt vom Parlament kontrolliert wird. Bislang sind von den Medien selbst kontrollierte Beschwerdestellen für Verstöße gegen journalistische Prinzipien und Standards zuständig: der Presserat und der Ombudsmann. Nach einer Untersuchung des renommierten „South African Institute for Race Relations“ (SAIRR) stammten nur etwa 12% (43 Einzelfälle) der seit August 2007 dem Ombudsmann vorgelegten Beschwerden gegen die Presse aus den Reihen des ANC oder der Regierung. In 20 Fällen wurde vermittelt, davon wurden zwei Drittel zugunsten und ein Drittel gegen den Kläger (ANC und/oder Regierung) entschieden. Das SAIRR argumentiert damit gegen die Behauptung der Regierung, die Selbstregulierung der Medien würde nicht funktionieren.

Südafrika verfügt im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Afrikas über eine vitale und breit gefächerte Presse, die sich bislang erfolgreich gegen eine massive Einmischung der Politik erwehrt hat.

Neue Allianz im Westkap

Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im kommenden Jahr haben die Democratic Alliance (DA) und die Independent Democrats (ID) in der Provinz Westkap ihre Zusammenlegung beschlossen. Das Westkap ist die einzige Provinz, die nicht vom ANC regiert wird. Die DA erhielt bei den Provinzwahlen 2009 mit 51,46% die absolute Mehrheit, gefolgt von ANC mit 31,55%, der ANC-Abspalterpartei Cope mit 7,74% und der ID mit 4,68% (Südafrika kennt keine 5-Prozent-Klausel)

Die Parteiführerin der DA und Premier der Provinz Westkap, Frau Helen Zille, erklärte am 15. August, dass das politische Memorandum der beiden Parteien eine doppelte Mitgliedschaft erlaubten bis voraussichtlich im Jahr 2014 eine Verschmelzung beider Parteien erreicht sei.

Die Parteiführerin der ID, Frau Patricia De Lille, führte weiter aus, dass die ID-Abgeordneten ihre Mandate vorerst beibehalten aber in den Kommunalwahlen 2011 unter der DA kandidieren.

Frau De Lille (59) ist eine streitbare Politikerin aus dem Anti-Apartheid-Kampf, als sie noch dem inzwischen fast untergegangenen Pan-Africanist Congress (PAC) angehörte. 2003 gründete sie die Partei der Independent Democrats (ID), deren Parteiführerin sie seit Gründung ist. Zu internationaler Bekanntheit gelangte sie durch die 1999 erhobenen Korruptionsvorwürfe gegen Regierungs- und Parteimitglieder des ANC bezüglich der südafrikanischen Rüstungskäufe.

Auch wenn die prozentuale Bereicherung der DA durch die ID geringfügig erscheint, könnte der Beitritt von Frau De Lille weitere Stimmenzuwächse für die DA aus der farbigen oder der wachsenden schwarzen Bevölkerung der Provinz Westkap bedeuten. Seit Anfang September gehört Frau De Lille als Ministerin für Soziale Entwicklung dem Provinzkabinett an.

ANC National General Council (NGC) in Durban

In der Woche vom 19.-24. September fand in Durban das „National General Council“ des ANC statt. Es stand unter dem Motto: „Towards 100 Years of Selfless Struggle“ (der Afrikanische Nationalkongress wurde 1912 in Bloemfontein gegründet). Angesichts der vielen Vorwürfe der Selbstbereicherung, der Korruption und Misswirtschaft, die bereits zu Wortneuprägungen geführt haben wie „tenderpreneur“ (Politiker, die von Staatsausschreibungen profitieren) oder der Kritik an sog. „predator politics“ (Raubtier-Politik“) ein recht anspruchsvolles Motto.

Das Council, das die Halbzeit zwischen den ANC-Kongressen markiert, fand unter Ausschluss der Presse statt und soll phasenweise mehr einer religiöse Erweckungsfeier mit Musik und Tanz geglichen haben.

Staatspräsident Jacob Zuma fand in der Eröffnungsrede scharfe Worte für die jungen Wilden in der ANC-Jugendliga unter Führung von Julius Malema. Schon Tage vorher hatte Zuma mehr Disziplin gefordert und Parteimitgliedern, die öffentlich Kritik an der Organisation übten, mit Strafmassnahmen oder gar dem Rauswurf gedroht. Offenbar war die laissez-faire-Haltung des Präsidenten auch in den Reihen der konservativen Parteimitglieder nicht mehr geschätzt worden.

Nachfolgediskussionen fanden angeblich nicht statt, obwohl Beobachter eine starke Lobby-Aktivität des Stellvertretenden Polizeiministers und früheren Führers der ANC-Jugendliga, Fikile Mbalula, erkennen wollten. Mbalula soll am Posten des ANC-Generalsekretärs interessiert sein, den seit dem letzten ANC-Kongress in Polokwane im Dezember 2007 Gwede Mantashe innehat, der außerdem der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) ist. Alle Nachfolgeentscheidungen, auch die über Parteivorsitz und Präsidentschaftskandidaten, sollen auf dem nächsten Parteitag im Jahr 2012 fallen.

Ein **soziales Pflichtjahr für Universitätsabsolventen** wird erwogen. Während bislang nur Mediziner ein solches Pflichtjahr absolvieren müssen, will die Regierung diese Regelung auf alle Hochschulabsolventen ausdehnen.

Die von der ANC-Jugendliga seit Monaten geforderte **Verstaatlichung des Bergbaus** fand gewichtige Unterstützung bei Wohnungsbauminister Tokyo Sexwale (Bergbaumagnat und Multimillionär) und Bridgette Radebe (Minenbesitzerin und Vorstand in mehreren Bergbaugremien, sowie Ehefrau von Justizminister Jeff Radebe). Die Gegenposition wurde offenbar von Planungsminister Trevor Manuel, der von 1996 bis zur Abdankung Präsident Mbekis 2007 Finanzminister war, vertreten: Er betonte die verfassungsmäßige Verankerung des Privateigentums, die massive Enteignungen nicht erlaube. Auch der Stellvertretende Minister für Public Enterprises (Staatsunternehmen), Enoch Godongwana, warnte vor den damit verbundenen Kosten, sie könnten sich auf R 2,3 Billionen (E 230 Mrd.) belaufen. Präsident Zuma sicherte den Delegierten in seiner Abschlussrede eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Thema Verstaatlichung des Bergbaus zu. Grundsätzlich gäbe es aber Übereinstimmung über die mögliche Gründung einer staatlichen Bank und einer staatlichen Bergbaugesellschaft. Die Verstaatlichung der Wirtschaft ist ein altes, ureigenes Thema des ANC aus Gründungstagen, das erst in jüngerer Zeit nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und mit dem Ende der Apartheid in den Hintergrund getreten war.

Korruption und Misswirtschaft fanden nach Ansicht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu, Zwelinzima Vavi, zu wenig Beachtung auf dem NGC. Deshalb werde Cosatu in Zusammenarbeit mit Juristen, Buchprüfern und Partnern in der Zivilgesellschaft eine eigene Anti-Korruptions-Kampagne führen. Das vom ANC geplante parteiinterne „Integrity Committee“ werde im Dschungel der Verquickung von Politik und Wirtschaft ebenso wenig greifbare Ergebnisse erzielen, wie bisherige Kontrollorgane. Gleichzeitig legte die Public Service Commission (PSC) ihren neuesten Rechenschaftsbericht vor, aus dem hervorgeht, dass Fälle von Korruption in der Regierung massiv (um 78%) zugenommen haben. In der Negativliste liegt auf nationaler Ebene das Justizministerium mit 121 von 260 Fällen und Kosten für den Staat von R 31 Mio. ganz vorne.

Zitat des Finanzministers Pravin Gordhan zur Korruption in der Regierung: *„Es ist ein Krebsgeschwür. Wenn man es nicht früh genug entdeckt und man nicht früh genug dagegen vorgeht, ist es das Ende“.*

Wirtschaftsdaten

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die ‚Quarterly Economic Review‘ der ‚South African Reserve Bank‘ (SARB) für das zweite Quartal 2010 (veröffentlicht am 22. September 2010)

Das Brutto-Inlandsprodukt stieg im zweiten Quartal um 3,2%, etwas geringer als im ersten Quartal mit 4,6%. Im Wesentlichen waren Landwirtschaft (nur 11,6%) und Bergbau (minus 20,8%) dafür verantwortlich. Der Rückgang beim Bergbau beruht hauptsächlich auf Wartungsarbeiten beim Platin-Bergbau, bzw. im Kohle-Bergbau auf dem Streik der Transportarbeiter.

Die echte Zuwachsrate im tertiären Sektor belief sich auf 4,0% (1. Quartal 2,7%), was im Wesentlichen auf die Fußball-WM zurückgeführt wird.

Das Handelsbilanzdefizit verringerte sich von 4,6% GDP im 1. Quartal auf 2,5% im 2. Quartal (minus R 12,9 Mrd. in 1/10 auf plus R 13,2 Mrd. in 2/10)

Der Consumer Price Index sank weiter und liegt im unteren Bereich des von der Reserve Bank angestrebten Rahmens zwischen 3 – 6%:

2010	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli
Rate	6,2	5,7	5,1	4,8	4,6	4,2	3,7

Der Wechselkurs des Rand hielt sich in den letzten Monaten relativ stabil auf hohem Niveau. Seit Mitte September steigt er besonders zum Dollar: 1US\$ = R7,000; 1 Euro = 9,441 (Stand 27.09.2010) Experten erklären den Anstieg als größeres Interesse des Marktes an Rendite, nachdem die US-amerikanische Zentralbank weitere Zinsänderungen ausgeschlossen hatte.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin prekär: im 1. Quartal 2010 verschwanden 171.000 Arbeitsplätze, im 2. Quartal weitere 61.000, wobei die meisten Arbeitsplätze im Baubereich und der verarbeitenden Industrie verloren gingen. Insgesamt verlor der südafrikanische Arbeitsmarkt im letzten Jahr 627.000 Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin bei etwa 25,3% (Angaben „Statistics South Africa“: Quarterly Labour Force Survey, 27 July 2010)

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: DR. W. KRUG

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

☎ +49/(0)89/1258-369 - 📠 +49/(0)89/1258-359 00

E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE

ERSTELLT AM: 30. SEPTEMBER 2010